

Verlag u. Geschäftsstellen
Halle (Saale), Burg 42-44,
Bureau 1047.
Geöffnet von 7 1/2 Uhr früh
bis 5 Uhr nachmittags.
Verkaufspreis: 10 Pf.

Volksblatt

Schriftleitung:
Halle (Saale), Burg 42-44,
Bureau 1045.
Erscheinung: Für werttag
von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 RM., vierteljährl. 5,25 RM.;
durch die Post bezogen monatl. 1,75 RM., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Wertes nachmittags.
Anzeigen bis morgen 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter 655 u. Spalte; 60 Pf.
für Reklame, anschließend an den dreizehnten Textzeile.

Auf zur Welt-Demonstration des Proletariats!

Arbeiter, Parteigenossen! Männer und Frauen des schaffenden Volkes!

Der 21. Juli dieses Jahres wird zu einem der bedeutendsten Tage der Weltgeschichte und des proletarischen Befreiungskampfes werden. Die sozialistische Internationale, das Klassenbewußte Proletariat der Welt, findet sich nach fünf furchtbaren Jahren der Völkerverfleischung zum ersten Male wieder in einer gemeinsamen Rundgebung gegen ihre Feinde und Bedränger zusammen.

Unsere Arbeitsbrüder, Klassengenossen und Mitkämpfer in Frankreich, England, Italien und in den neutralen Ländern haben den 21. Juli als

Demonstrationstag gegen den Gewaltfrieden, gegen den verbrecherischen Imperialismus, gegen die kapitalistische Gewaltherrschaft, Menschengrausamkeit und Völkerverdrängung gewählt. Sie werden durch eine

vierundzwanzigstündige Arbeitsruhe

ferner für die internationale Arbeitersolidarität, für die allgemeine Völkerverbrüderung demonstrieren.

Der revolutionären, Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft muß es Ehrenpflicht sein, sich dieser Rundgebung nicht nur anzuschließen, sondern sie im Geiste des internationalen Sozialismus, getragen von dem Gemeinschaftsgefühl des Weltproletariats, aufs machtvollste und wichtigste zu gestalten. Ist sie es doch vor allem, auf der in den vernichtenden Friedensbedingungen die einschneidenden Folgen und Wirkungen des ungeheuerlichen kapitalistisch-imperialistischen Weltkriegsverbrechens am härtesten und drückendsten lasten und die das Meer schrecklichsten Kriegselends schier zu verschlingen droht! Daher wird es gerade für die deutsche Arbeiterschaft zu einer stichtischen, zur unabwiesbaren Kulturpflicht, am Welt demonstrationstage des Proletariats erneut ihr Willensbekenntnis zum Sozialismus am entscheidendsten zu bekunden.

Das geschieht am wirksamsten und nachdrücklichsten

durch Arbeitsruhe.

Männer und Frauen des Volkes! Laßt darum am Montag die Arbeit ruhen! Bezeugt durch Massendemonstrationen und Versammlungen, daß ihr das Gebot der Stunde erkannt habt und entschlossen seid, eure ganze Kraft einzusetzen für die

Vollendung der sozialen Weltrevolution!

Der imperialistische Völkerverbund im Urteile der französischen Sozialisten.

Der Nationalausbruch der französischen Sozialisten hat auf seinen Pariser Kongreß einen bemerkenswerten Beschluß über den Völkerverbund aufgenommen, dessen wichtigste Stellen folgenübersetzt lauten:

„Der Völkerverbund mit seinen Bindungen von Reichsbesetzungen ist nur die Parikatur eines hohen Völkerverbundes. Die sozialistische Partei verurteilt den Völkerverbund als eine Gräueltat und eine Gefahr. Im Widerspruch zu den feierlichen Versprechungen bringt dieser Völkerverbund keine ernsthaften Behinderungen der Kämpfungen. Er schändet die höchsten Interessen der Menschen und der Nationen. Die Sozialisten haben verstanden, daß die Regierungen den Krieg mißbrauchten, um die Herrschaft der kapitalistischen Klassen zu festigen. Dies kommt am deutlichsten im Völkerverbund zum Ausdruck. Er ist rein kapitalistisch, antirevolutionär und ein Feind aller Völker, die nach Freiheit streben.“

Wir können unseren französischen Genossen in diesem Urteile nur voll zustimmen; wissen wir doch mit ihnen, daß der wahre Völkerverbund nur in der proletarischen Internationalen bestehen kann.

Vollziehung des Friedensvertrages in England.

Nach einer Meldung des Daily Chronicle wird die englische Regierung das Friedensabkommen am Montag mit aller Hast zur Vollziehung vorgehen. Wenn irgend möglich, sollen am gleichen Tage alle drei Verträge erledigt und die Vollziehung durch das Parlament vorgenommen werden.

Englische Soldaten und Arbeiter gegen die „Siegesfeier“.
Nach dem Beispiele Frankreichs, das am 14. Juli in Paris in kühnen Festlichkeiten seinen Sieg feierte, soll nun auch England seine Siegesfeier haben.

Nach einem Bericht des Pariser Populaire vom 14. Juli jedoch scheint unter den englischen Soldaten und Arbeitern eine starke Stimmung gegen eine solche Feier zu bestehen. Das französische Blatt berichtet darüber:

„Nach einer Meldung des Daily Herald (des bekanntesten englischen tabulativen Arbeiterblattes) erheben sich in England von verschiedenen Seiten scharfe Proteste gegen eine Teilsnahme an den Siegesfeierlichkeiten.“

Auf einem Kongreß, dem eine große Anzahl alter Soldaten und Gewerkschaftler betohnte, nahm ein alter Feldpostbote das Wort und erklärte im Namen seiner Kameraden, daß die Armee sich an

diesen Festen nicht beteiligen könne, solange man noch mit Rußland Krieg führe.

Die öffentliche Meinung erregt sich auch über die Kosten, die solche Feierlichkeiten verursachen würden. In gleicher Zeit hat die Londoner Zeitung der Gewerkschaftler der Elektroindustrie beschlossen, daß ihre Mitglieder energisch jede Arbeit an den Vorbereitungen der Illuminierung für das Siegesfest zu verweigern hätten.“

Deutsch-österreichische Noten an die Friedenskonferenz.

St. Germain, 17. Juli. (W. T. W.) Die deutsch-österreichische Friedensdelegation überreichte der Friedenskonferenz eine Note, die den Vertrag begründet, der Friede nicht geschlossen werden, daß die Grenzen und die völkerrrechtliche Stellung Deutsch-Österreichs, sowie die Bedingungen des Friedens zwischen Deutsch-Österreich und den kriegführenden Mächten im Friedensvertrage nicht erlosch, die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Ausnahmeverordnungen zwischen den nationalen Staaten oder einer besonderen Abwicklungs-aussicht ausgediebt werden. Der Friedenskonferenz möge einen internationalen Ausschuss für die Nachfolgenden schaffen, in denen Vertreter aller Nationalstaaten und der fünf Großmächte aufgenommen würden.

Eine weitere Note der deutsch-österreichischen Friedensdelegation erklärt auf der Frage der Weißbüchsenfrage, daß viele Bestimmungen des Friedensvertrages für die Industrie und den Handel Deutsch-Österreichs unannehmlich und unzulässig seien, weil sie die ihnen von den anderen nationalen Staaten gewährte Gleichberechtigung vorzuziehen.

Zum Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Zur Entsendung deutscher Militärarbeiter für Nordfrankreich wird in der Deutschen Zeitung ausgeführt, daß die deutsche Regierung, die dies bejaht hat, sich für die schon 1918 übernommenen Verpflichtungen lokal ausführen wird, an der Hand der von den Alliierten angegebenen Richtlinien sofort die nötigen Vorarbeiten in umfassender Weise in die Wege geleitet werden sind, um die Entsendung deutscher freier Arbeiter möglichst zu beschleunigen. Die deutsche Regierung hofft, daß es gelingen wird, genügend Arbeiter hierfür zu finden. Es dürften etwa 16000 Mann in Frage kommen.

Siege der Sowjettruppen.

Wien, 18. Juli. (W. T. W.) Nach einem Telegramm aus Moskau hat der Kommando zufolge die Offensiv der Roten gegen Denikin begonnen. Walschoff ist von ihnen zu rückübergeben worden. Bei Perm machten die Roten 30000 Gefangene, erbeuteten Lebensmittel und Kriegsmaterial. Drei Regimente der Armee Koloski sind angeblich besetzt.

Streikabbruch in Pommern.

Stettin, 18. Juli. (W. T. W.) Infolge der Aufhebung des Belagerungszustandes und der sonstigen Zugeständnisse der Regierung ist sowohl der Generalstreik, als auch der Bürgerstreik aufgehoben worden. Seit heute nachmittags sind die Läden teilweise wieder geöffnet. Die Straßenbahnen verkehren wieder. Das Wasserwerk ist bereits seit heute früh wieder im Betrieb, nachdem es militärisch besetzt worden war. Der Dampfverkehr nach den Seebädern wird morgen früh wieder aufgenommen.

In Stralsund wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages der General- und Arbeiterstreik abgebrochen werden. In Grlammen wird die Arbeit morgen aufgenommen werden. In Anklam am Montag, im Landkreis Franzburg aus bereits gestern die Wiederaufnahme der Arbeit mit wenigen Ausnahmen erfolgt. Die bei den Stettiner Verhandlungen ausgeführte Verfügung, daß die anlässlich des Streiks Verhafteten zu entlassen seien, wurde heute vormittag hier vollzogen. Als die Verhafteten entlassen wurden, wurden sie von der angesammelten Menschenmenge mit Hochrufen begrüßt.

Der Reichsbürgerrat für den Belagerungszustand.

Der Präsident des Reichsbürgerrats, Dr. Weser, Weilin, richtete anlässlich der pommerschen Streikbewegung an den Reichswehrminister Kossel folgende Dringung:

Die vom sozialistischen Sozialismus eingeleiteten freien Streiks in Stettin und Stralsund werden unter anderen Umständen auch durch die Maßnahmen des Belagerungszustandes begründet. Aus den jetzt den bürgerlichen Arbeiterstreik führenden Bürgervertretern geht mir die dringende Forderung zu, auf nachdrücklichste für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes mit einzusetzen. Ich darf mich zu Euer Excellenz dessen versichert halten, daß auch regierungstreu mit allen Mitteln diesem sich betätigenden neuen Machtsuchebeweis begegnet werden und vor allen Dingen auch in der Durchführung des Belagerungszustandes allen regierungstreuen Staatsbürgern der Schutz gewährleistet wird, auf den sie ein volles Anrecht haben. Ich bitte daher, umdingt die getroffenen Maßnahmen aufrechtzuerhalten und umgemindert durchzuführen, da jedes schuldliche Zurückweichen in den getroffenen Gegenmaßnahmen die Förderung kommunistischen Terrorismus zur Folge haben wird.

Du, hul. Schredlich! Wie sich doch in einem solchen Streikschadell die Welt malt! Dieser an Rosse gerichtete fromme Wahrgewinn ist im übrigen ein Dokument unserer Zeit, das die „sozialistische Regierung“ und den Meister des Bürgerturns, Rosse noch mehr kennzeichnet, als seine Madgal.

Parlamentarischer Sumpf.

Was E. in a schreibt unterm 17. Juli ein Mitglied der Nationalversammlung:

Die Beratung der Grundrechte in der Nationalversammlung entwickelt sich immer mehr zu einer gegenrevolutionären Orgie der bürgerlichen Parteien. Die Verfassung, die in ihrem konstitutiven Aufbau zum Instrument des Bürgerkriegs gegen die Massenbewegung Arbeiterklasse gestaltet worden ist, soll in den Grundrechten zu einem Modell werden, das die reaktionären Einrichtungen des bürgerlichen Deutschlands schütz gegen jeden Versuch einer freibleiblichen Regelung.

In der heutigen Vormittags-Sitzung, in der die Abstimmung über Artikel 118 eine volle Stunde in Anspruch nahm, kam diese reaktionäre Tendenz bei der Frage der Gleichstellung der unehelichen Mütter zur vollen Entfaltung. Die Verfassung, die in ihrem konstitutiven Aufbau zum Instrument des Bürgerkriegs gegen die Massenbewegung Arbeiterklasse gestaltet worden ist, soll in den Grundrechten zu einem Modell werden, das die reaktionären Einrichtungen des bürgerlichen Deutschlands schütz gegen jeden Versuch einer freibleiblichen Regelung.

Nach toller Freiheit nach das Verhalten der Rechtssozialisten bei der Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen Fraktion, das Gesundheitswesen zu verwalten auf der Grundlage der Vergeltung der ärztlichen Hilfe und Anwesenheitsstunden. Diese Forderung ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie, eine Gegenwartsforderung, die schon im kapitalistischen Staate verwirklicht werden konnte. Aber das hinderte die Rechtssozialisten nicht, gegen diesen Antrag zu stimmen.

Die Frage des Stillsitzens der Lehrerinnen und Beamtinnen wurde ebenfalls bei der Erörterung der Artikel über die Stellung der Beamtinnen aufgeworfen, wo sich unsere Fraktion zum erstenmal mit aller Kraft für die Aufhebung einsetzte, aber vergeblich. In der Nachmittags-Sitzung wurde der Abschnitt über Religion und Religionsgemeinschaft erledigt. Der allgemeine reaktionäre Charakter, den die Grundrechte zeigen, prägt sich auch hier in der Fassung dieses Abschnitts aus.

Die Beratung des dritten Abschnittes der Grundrechte war der Auftakt zu der Beratung der schändlichen Schulkommission. Der Geist, der den Schulkommissionsbericht durchschimmert, kam heute schon völlig zum Ausdruck: der Geist des in Wahrheit regierendenentrums. Es war daher nichts als Spiegelbild, als der Rechtssozialist Quard sich über diesen reaktionären Geist bitter beklagte. Haben er und seine Freunde doch diesen reaktionären Geist im Schulkommissionsbericht die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht. In diesem Abschnitt der Grundrechte herrscht der Geist der finsternen Reaktion, der die Grundrechte so gestaltet, daß sie sich in einem einzigen Satze zusammenfassen ließen: das deutsche Volk hat das Recht, zurückzufallen zu den Zuständen des Vor-Napoleon.

Trennung von Kirche und Schule in Braunschweig.

In der Braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 18 Stimmen die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Ausschaltung der Religionsunterrichts des Reichstaates Braunschweig wurde mit dem Einmengen der sozialdemokratischen Parteien ebenfalls angenommen.

Gegen die Abwürgung der Arbeiterräte.

Die schon seit langem schamlos und frech die Hege gegen die Arbeiterklasse betreibenden Feinde der proletarischen Revolution verlangen jetzt immer unerbittlicher, daß die Regierung den Arbeiterräten vollends dem Garau mache. Das gab der am Donnerstag tagungsbereitenden Volksversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins Veranlassung, sich mit einer Angelegenheit zu beschäftigen. Es wurde eine Resolution des Genossen Pfeiffer angenommen, die sich gegen den Minister seines wahren und erklärt, daß die kommunalen Arbeiterräte weiter bestehen bleiben und niemals daran denken, auf Gehalt einer bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit im Gemeinderat abzurufen. Nach wie vor werden die kommunalen Arbeiterräte ihre Tätigkeit im Interesse der werktätigen Bevölkerung ausüben. Nicht Abbau, sondern Befestigung und der Ausbau dieser Räte ist die Lösung, denn nur sie ermöglichen es, in die alten bürokratischen Verwaltungssysteme proletarisch-revolutionären Schwung hineinzutragen. Vom Zentralrat wird als selbstverständlich erwartet, daß er getreu den Beschlüssen des zweiten Kongresses alles unternimmt, um die kommunalen Arbeiterräte sicherzustellen.

Eine zweite Resolution protestiert mit Entschiedenheit dagegen, daß kommunale Arbeiterratsmitglieder wegen ihrer Tätigkeit als Arbeiterräte verhaftet und in Schubhaft genommen werden könnten. Sie fordert energisch die unverzügliche Freilassung der Verhafteten.

dem. Vom Zentralrat verlangt die Verfassung, daß er geeignete Schritte unternimmt, die Arbeiterräte bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu schützen.

Inverschämter Übergriff von Postbesitzern.

Aus Königsberg berichtet B. Z. v. unterm 18. Juli: Heute abend nach 8 Uhr drangen 60 W. in das Postamt ein. Die Postbesitzer, in den Stabpostenverwaltungen und in solchen die beiden der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörenden Stabpostenbesitzer Wittrock und Dr. Gottschalk heraus. Wittrock, der Redakteur der unabhängigen Freiheit ist, hatte in verschiedenen Artikeln die Grenzschutz- und Reichswehrgruppen angegriffen und dadurch unter diesen eine starke Empörung hervorgerufen. Die Soldaten führten die beiden Stabpostenbesitzer die Straße des Magistratsplatzes, wo sie in einer Erklärung die Angriffe gegen die Reichswehr und die Grenzschutzsoldaten zurücknehmen mußten.

Sämtliche Parteien der Stabpostenbesitzer-Versammlung protestierten auf das Schärfste gegen diesen Vorgang. Die Sitzung wurde geschlossen. Die Unruhen pflanzten sich auf den Straßen fort, wo die Menge, die hauptsächlich aus Arbeitern bestand, gegen die Soldaten Stellung nahm, die sich durch einige Schreihülse (1) zu wehren suchten.

Auch dieser neueste Gewaltstreich der Postbesitzer zeigt, daß ein Teil von ihnen immer mehr zu einer öffentlichen Gefahr wird. Freilich, wenn der „Reiter“ diese parlamentarische Immunität nicht mit Rücksicht auf das Wohl der Arbeiterklasse in Anspruch nimmt, dann braucht man sich nichts daraus zu machen, wenn diese Herren sich bemühen, ihr großes Verbrechen noch zu übertrumpfen!

Verfassungsklage in Lippe.

Dem 18. Juli. (B. Z. v.) Der Landtag des Freistaates Lippe-Demold hat gestern das Landesgesetz über die Verfassung, die im 1. Abschnitt des 1. Kapitels des Grundgesetzes vom 11. März 1919 über die Bildung an das vormalige fürstliche Haus Lippe-Demold verabschiedet. Der im Landtagsbeschluss vereinbarte Vergleichsentscheid wurde vom Landtag verworfen, da von dem ehemaligen Fürsten die Mitteilung vorlag, daß ihm die Erlangung der Zustimmung der Ägnaten des Fürstentums nicht möglich war.

Deutsche Nationalversammlung.

80. Sitzung vom 18. Juli, 9 1/2 Uhr.

Eingegangen ist auch ein Telegramm des argentinischen Senats anlässlich des Friedensschlusses. Auf dieses Telegramm konnte auf das am Donnerstag eingegangene der argentinischen Delegationen nicht eingegangen werden. Die Nationalversammlung wird von der Nationalversammlung mit Danktelegramm erwidert.

Es folgen Heine Anfragen. Auf Anfrage Robering (Dn.) betreffend die Abweisung militärischer Beamten durch Angehörige sozialistischer Parteien erwidert Freiberger v. Welfer: Die Regierung ist der Ansicht, daß Beamte aus ihrer Stellung nur nach Verurteilung durch ein Gericht entlassen werden können. Auf Anfrage v. Gräfe (Dn.) betreffend einen Erlaß des medlenburgerischen Ministeriums des Innern, wonach frühere alte Offiziere nicht als Hilfsarbeiter bei den Kreisbehörden anzuwerben sind, erwidert Freiberger v. Welfer: Die Reichsregierung werde Veranlassung nehmen, die Angelegenheit nachzugehen. Auf die ergänzende Anfrage v. Gräfe, was gegen den medlenburgerischen Minister für Maßnahmen getan werden würde, der nur Beamte von ausgeprochen sozialdemokratischer oder demokratischer Gesinnung anstellen wolle, erwidert Freiberger v. Welfer: Das ist eine vollkommen neue Frage, auf die die Regierung nicht antworten kann. — Auf Anfrage Damppe (Dn.) erwidert Innenminister Freiberger, daß das, was die Strafrechtliche nicht zur Verurteilung der Straftäter anreizen, eine entsprechende Ergänzung bei der Strafbildung werden können. — Auf Anfrage Oberländer (Dn.) betreffend die Verhebung des roten Soldatenbundes gegen die Freiwilligen-Regimenter erwidert ein Vertreter des Kriegsministeriums: Als Generalweisung wurde eine Aufforderung der Truppe organisiert, ebenso Schutz und Fürsorge für die Mannschaften. Auch wurden geteilt, die Angelegenheit ist einlässig geprüft worden. Nach Aufhebung der Wehrpflicht wird eine strafrechtliche Verfolgung des Volontärs an Freiwillige gegenstandslos. Endlich sind Aufträge gegen die Verhebung erlassen worden. — Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) fragt wegen des Vorgehens in Berlin in der Nacht zum 10. Juli an, wo französische Soldaten die Menge durch verächtliche Geistes und Verwünschungen gereizt haben und in Unruhe genommen werden mußten. Beigeamt Freiberger v. Welfer erwidert, daß die von der preussischen Regierung veranlaßten eingehenden Erhebungen noch nicht abgeschlossen seien.

Die Interpellationen wegen des Landarbeiterspreihs werden demnächst beantwortet werden.

Annahme wird die

zweite Beratung des Verfassungsentwurfes

fortgesetzt beim Abschnitt: Bildung und Schule, wozu das bekannte Schulkommissionsbericht als Antrag übergeben vorliegt. Nachdem Abg. Dr. W. (Dn.) über die Verhandlungen des Ausschusses berichtet hat, bemerkt

Minister des Innern Dr. David: Mit dem Kompromiß wird sich auch die Regierung einverstanden erklären. Die Vereinbarung überläßt den Eltern die Entscheidung.

Abg. Schulz (Dn. Sp.) (Soz.): Wir Sozialdemokraten sind von jeder Verantwortung der Reichsregierung befreit. Wir haben keine Verantwortung über das Schulkommissionsbericht zu tragen. Es bedarf nicht einer Partei, vollkommen. Vom pädagogischen Standpunkt würde ich nicht, daß die Schule in die politischen Streitfragen hineingezogen wird. Der Grundgedanke des Kompromisses im Denken und in der Weltanschauung, keinerlei Vermengung der Eltern und Erziehungsberechtigten durch einen Wehrrechtsbesitz. (Beifall.)

Abg. Dr. W. (Dn.) (Soz.): Ich bin als Religionsunterrichts-gelante schon im Ausschuss eine Lösung, die mir als ausreichend und genügend anzuerkennen vermag, nämlich durch die Bestimmung, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu gelten hat, vorbehaltlich des Rechts der Eltern, ihre Kinder, wenn sie es für angemessen erachten, von dem Besuch dieses Religionsunterrichts fernzuhalten.

Abg. Dr. W. (Dn.) (Soz.): Es ist eine erste Aufgabe, darüber nachzudenken, ob der Zusammenbruch des deutschen Volkes nicht durch Erziehungsfehler mit herbeigeführt worden ist. Es ist seine Selbstentwertung, die Schule in den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen. (Beifall.) Ziel unserer Erziehung muß die Stärkung der sozialen und der Staatsgesinnung sein. Die unermehrte und unwürdige Ständescheidung muß fallen, und die Wahl ist werden auch für den Armen. Die Erziehungsberechtigten werden von beiden Seiten bearbeitet werden. Die soll die Schule eine innere Ruhe zur Arbeit finden? Die Gewissenstrennung der Weltanschauung haben. Sie erreicht, aber die erzieherische Gewissenstrennung dauern begründet. (Beifall bei den Dem.)

Abg. D. Traub (Dn.): Das Kompromiß ist unannehmlich, es bedeutet die Vertiefung der Schere zwischen den Klassen der Schulwesen. Unannehmlich soll in die künftige Schule eine einheitliche soziale Weltanschauung hineingetragen werden. Die Zusammenfassung des Ganzen weist aber, daß das deutsche Volk nicht einheitlich sozialistisch ist.

Abg. J. L. (Dn.) (Soz.) wendet sich gegen die Ausdehnung des Fortbildungsinstitutunterrichts bis zum 18. Jahre.

Unterstaatssekretär Schulz: Die Fortbildungsinstitutunterricht muß, natürlich auch mit aller Eile, durchgeführt werden. Die Zweifel über den Erfolg des Erziehungsberichts werden durch die Mehrheit des Ausschusses nicht entstehen, und wenn die Mehrheit des Ausschusses die Fortbildungsinstitutunterricht will, so muß sie bleiben und gerade der Demokrat muß sich auf diesem Gebiet den Wehrrechtsbesitz beugen. Um 1 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird ein Telegramm des argentinischen Senats anlässlich des Friedensschlusses in der Kammer verlesen, worin dieses Parlament der Nationalversammlung einmündig ihre Freude über die Unterzeichnung des Friedens ausdrückt. Abgeordneter Sangmann dankt für die Bewilligungen, die in dem Telegramm für Deutschland zum Ausdruck gebracht werden und bemerkt, der Präsident werde das weitere veranlassen.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung beim dritten Abschnitt der Grundrechte (Religion und Religionsgemeinschaften) fortgesetzt. Nachdem Abg. Wauscha (Dn.) eingehend über die Ausführenden Verhandlungen Bericht erstattet hat, wird die Beratung über Artikel 132 bis 138 angesetzt. (Glaubensfreiheit, Freiheit der Religionsübung, Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften usw.) — Die Unabhängigen beantragen zu Artikel 134

die völlige Trennung von Staat und Kirche, während die Sozialdemokraten beantragen, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden.

Abg. Geinge (D. Sp.) beantragt auch die Ablösung der auf Personen beruhende Staatsleistungen. Dieser Antrag wird von Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) begründet. Der Redner bespricht den Trennungsantrag der Unabhängigen.

Abg. Dr. Quard (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Er behauptet, daß es keine Partei nicht gelingen wird, die staatliche Glaubensfreiheit durch eine innerliche, Glaubensgemeinschaft abzulösen. Seine Partei behaupte das Entgegenstehen der Trennungsarbeit.

Abg. Dr. Naumann (Dem.): Neues Leben bringt auch neue Arbeit. Dieses neue Leben braucht keine Vorrechte für die Kirche. Da wir keine Staatskirche mehr haben, müssen wir den Religionsgemeinschaften aus praktischen Gründen die Rechte der öffentlichen rechtlichen Körperschaft geben. Die Regelung der kirchlichen Oberbeamten durch den Staat muß aufhören. Ob wir auch die Kirchengemeinschaften zur Kirchensteuer heranziehen können, ist uns unerheblich. Die nächste Verbindung der kleineren Religionsgesellschaften und Stellen mit dem Staat ist eine nationale Kirche. Die bisherige Staatskirche ist eine nationale Kirche. Die Kirche wird die Aufhebung des Einheitsbundes und Optimismus, aber auch ohne Burch entgegen. Der Staat wird die Kirche auch ferner brauchen, sie hat ihm stets mehr geleistet, als sie von ihm empfangen hat.

Abg. Kuntz (D. Sp.): Wir verlangen restlose Durchführung der Trennung von Kirche und Staat und deshalb die Beilegung des kirchlichen Streitrechts sowie die scharfe Veranlassung des Kirchenvermögens bis zur Konfiskation. Alle Religion ist Menschenrecht, die Religion der Zukunft ist die Arbeit. (Beifall b. d. U. S.)

Abg. Ende (Dem.): Das Ziel absoluter Gleichberechtigung und freien Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Religionen ist durch die Vorlage nicht erreicht. Angesichts der Unmöglichkeit berichtet ich auf Änderungsanträge.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Wauscha (Dn.) und Düringer (Dn.), der bemerkt, daß seine Partei für die Freiheit der religiösen Überform nur unter dem Vorbehalt stimmen wird, daß bis zur definitiven Lösung aus praktischen Gründen des Reichstaates eine Übergangsbestimmung gefunden werde, wird in der Abstimmung auf einen Antrag Kahl in Artikel 132 nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgestellt, die Gedankenfreiheit aber herausgelassen. — Der Antrag der Unabhängigen auf völlige Trennung von Staat und Kirche wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden, daß diese Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben, soweit sie solche bisher waren, und daß gemäß einem Antrag Naumann (Dem.) anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Trennung ihres Besitzes und die Zahl ihrer Mitglieder die Grenzen der Dauer bieten. Angelehnt wird der sozialdemokratische Antrag, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden dürfen. Ebenso der Antrag Geinge-Stahl, wonach auch die auf Personen beruhende Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Trennung abzulösen sind, wonach die auf geringen Wert der Antrag der Deutschnationalen angenommen, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen bleiben die Ausschlußbeschlüsse unverändert.

Hierauf wird die Beratung auf Freitag 1/2 Uhr vertagt. (Außerdem Anträge und Interpellationen über den Landarbeiterspreihs.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Fort mit dem Belagerungszustande!

Hamburg, 18. Juli. (B. Z. v.) In der heutigen Sitzung der Bürgerkammer wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichts- und Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom Senat und vom Reich fordert.

Aus der Preussischen Landesversammlung wurde folgende dringende Telegramm an den Reichswehrminister Kossel nach Weimar geschickt:

Alle schließlichen sozialdemokratischen Abgeordneten der Landesversammlung erziehen dringend um sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in den Bezirken Westfalen und Lothringen, die Voraussetzungen für dessen Aufhebung geschaffen sind. Ein Telegramm wurde auch an den Reichs- und Staatsminister Dr. Brüning, sowie an den Vertrauensmann für die Provinz Schlesien geschickt.

Ob seine Generale dem Reichswehrminister die Erfüllung dieser Forderungen wohl geliaten werden?

Aus der Partei.

Für die dritte Internationale!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz beschloß, dem ordentlichen Parteitag in Basel am 16. und 17. August den sofortigen Eintritt in die Dritte Internationale zu empfehlen. Eine Minderheit trat für den Antrag Gröschl ein, dem Parteitag diesen Beitritt nicht zu empfehlen. Ferner wurde ein Zusatzantrag Reihardt angenommen, wonach der Parteivorstand den Parteitag beauftragt, die Geschäftsleitung aufzufordern, mit den revolutionären proletarischen Parteien in Verbindung zu treten, um eine Einigung des internationalen Proletariats im Sinne und Geiste und auf dem Boden der Dritten Internationale herbeizuführen.

Ans der Provinz.

Aufstellung von Militär-Verorgungsgebühre für Empfänger im Ortsbestellbezirk.

Das Verfahren, die Zahlung der Militär-Verorgungsgebühre für anfranke und gebrechliche Personen durch die Bandenführer zu erledigen zu lassen, kann — ausnahmslos — auf diejenigen Empfänger von Militär-Verorgungsgebühre im Ortsbestellbezirk ausgedehnt werden, welche der zuständigen Postanstalt durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde, der amtlichen Fürsorgestelle oder der Polizeibehörde nachweisen, daß sie infolge schwerer Kriegsbeschädigung, insbesondere Verletzung, oder aus sonstigen zwingenden Gründen ihre Versorgungsgebühre von der Postanstalt nicht selbst abholen und auch durch Familienangehörige nicht abholen lassen können.

Derartige Bescheinigungen wollen sich unter Vorlegung der erforderlichen Bescheinigung bei der zuständigen Postanstalt (Kontostelle) erbitten. Sie sind vorzulegen, am Besten die vorläufig auszufüllenden Quittungsformulare bis zum üblichen Eintreffen der Gebühre bereitzustellen.

Bei Umgang in den Bezirk einer anderen Postanstalt muß die weitere Auszahlung der Militär-Verorgungsgebühre durch den Briefträger bei der neuen Postanstalt beantragt werden. Hierbei ist eine Bescheinigung der Orts- oder Polizeibehörde des neuen Wohnorts erforderlich.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Einrichtung nur auf Fälle wirklichen Bedarfs beschränkt bleiben muß, aber man kann wohl hoffen, daß die Behörden hier entgegenkommen sein werden, wenn es sich darum handelt, den Kriegsveteranen diese kleine Erleichterung zu gewähren!

Merseburg. Arbeitsruhe am Montag. Zum Weltgenossenschafts- und Betriebsvertrauensleute des Gewerkschaftsbezirks und der U. S. B. Aktivist Merseburg beschlossen, die Arbeitsruhe folgenbermaßen zu gestalten: Vormittags 11 Uhr Demonstrationssammlung auf dem Ruland-Platz mit anschließender Demonstrationsumzug unter Mitwirkung des Arbeiterlagers-Lokos. Damit die Versammlung recht wichtig gestaltet wird, ist es notwendig, sich zahlreich zu beteiligen, um dem Willen des revolutionären Proletariats Ausdruck zu geben. Das Gewerkschaftsblatt: *Genossenschaftliche Arbeiterzeitung*. Die Sänger versammeln sich 10.45 Uhr im Fröhlinger Hofe.

Oberbilingen. Demonstration am Montag. den 21. Juli, vormittags 10 Uhr, in Unterbilingen auf dem Schulplatz. Die Demonstrationsleiter, Vertrauensleute und Funktionäre aus den Ortsgruppen des gesamten Oberbilingen Bezirks werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die arbeitende Bevölkerung in geschlossener Demonstrationspartie pünktlich in Unterbilingen zur Versammlung eintritt.

Wittenberg. Verkauf von Lebensmitteln. In der nächsten Woche gelangen folgende Lebensmittel zum Verkauf: Von Montag, 21. Juli, an auf Markten S. 8. 86 und S. 8. 83 1/2 Pfund Auslandsbrotweizenmehl zum Preise von 43 Pf.; von Dienstag an auf Markten S. 8. 87 und S. 8. 84 1/2 Pfund Weizenmehl zum Preise von 46 Pf.; von Mittwoch an auf Markten S. 8. 88 und S. 8. 85 1/2 Pfund Reis zum Preise von 1.20; von Donnerstag an auf Markten S. 8. 89 und S. 8. 86 1/2 Pfund Weizen zum Preise von 24 Pf.; von Freitag an auf Markten S. 8. 40 und S. 8. 37 ein Hering zum Preise von 60 oder 80 Pf., je nach Größe, am Sonnabend, 28. Juli, auf Markten S. 8. 41 und S. 8. 38 Schmalz oder Margarine auf die Speisekarte Nr. 3. pünktlich von 20. bis 26. Juli. Der Butterverkauf erfolgt in der Stadt Wittenberg auf Lebensmittelkontrollbuch unter Abgabe der vorkaufend genannten Marken, in den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises auf die Markenarten des Kreises für Versorgungsbedürftige.

Kauka. Aus dem Stadtparlament. In der letzten Mitgliederversammlung wurde Stellung genommen zu dem Schlichterhand und den Klagen der Arbeiter und Gewerkschaften. Der Vorstand wurde beauftragt, dem Magistrat sofort eine diesbezügliche Petition zu überreichen, worin dieser ersucht wird, mit allen Mitteln schleunigste Abhilfe zu schaffen, andernfalls sich die Arbeiter durch zur Selbsthilfe gezwungen sieht. Diese Petition war nun Gegenstand einer lebhaften Debatte in der letzten Stadtsitzung. Von Magistrat wurde sich Herr Bäcker besonders veranlaßt, die höchsten Gehaltssteuern in Schutz zu nehmen. Genosse Wasserfuß bestrich diese Forderung. Dem Schlichterhand mußte energisch entgegengetreten werden. Genosse Bille ging mit den Herren von Magistrat über zu Gericht. Der Bürgermeister erklärte sich bereit, alles zu tun, um hiesem unheimlichen Treiben Einhalt zu tun. Am Schluß hiesigen richtete Genosse Bille an den Bürgermeister die Anfrage, ob es dem Magistrat bekannt sei, daß der hiesige Arbeiter, als er keine Stellung erhalten wollte, verlockende Lüren auf dem Platze vorgefunden hat. Er ersuchte um Aufklärung in dieser Sache und protestierte entschieden gegen ein solches Gebahren. Der Bürgermeister erwiderte, daß ihm der Vorfall des Arbeiters persönlich mitgeteilt habe, daß er im

Gemeinderat mit den übrigen Mitgliedern des Arbeiters denselben Fall aufgeklärt habe. Genosse Bille wandte sich gegen den Vorfall und erklärte den Magistrat, dem Arbeiter unterzählig wieder ein Zimmer einzuräumen. Der Bürgermeister entwarf ohne weiteres dem Magistrat. Wie kommt der Vorfall des Arbeiters eigentlich dazu, den Arbeiter für unterzählig zu erklären, und mit welchem Rechte spricht er aus dem Gemeinderat der übrigen Arbeitersmitglieder? Doch was war von einem Bürgerlichen Vorfallenden des Arbeiters anderes zu erwarten! Werden nun die Genossen im Arbeiter einziehen, wie befehrt es war, einen Bürgerlichen zum Vorfallenden zu wählen?

Wittenberg. Parteiverfammlungen. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab für die Sozialisten 282.30 Mk. für die Erträge 240.30 Mk. Einnahme. Genosse Dornmann betonte den Kampfcharakter der Unabhängigen Sozialdemokratie und sprach sich gegen Klimbische aus. Die Verammlung war mit den Ausführungen einverstanden und lebte die Beteiligung an solchen Fetern grundsätzlich ab. Zu einem kurzen Vortrag über unsere Partei sprach Genosse Dornmann auf dem internationalen Generalkongress am 21. Juli hin und forderte eine rege Beteiligung an den Parteiverfammlungen. Weiter machte der Redner die Genossen auf die Agitation der Kommunisten aufmerksam, die auch in hiesigen Kreise eingeeicht hat. Die Frage sozialistische Politik der U. S. B. bewegte die Parteiverfammlungen der Kommunisten ganz entschieden. Die Genossen traten auch hier entschieden gegen den Kommunismus und das Räuberrecht aus als unter Umgehung. Es folgte eine Debatte über die bestehende Lebensmittelpolitik und die Tätigkeiten des Arbeiters. Ein kurzer Kassen- und Tätigkeitsbericht wurde entgegengenommen. Die Verammlung wählte, daß der Arbeiter auch in Zukunft weiter bestehen bleibt.

Wittenberg. Parteiverfammlungen. Genosse Schmidt sprach über Lebensmittelpolitik. Er kritisierte lebhaft die herabwürdigenden Äußerungen der Arbeiter und den handhabten Schlichterhand. Aus der vielgepriesenen Freiheit wurde mit in Erwähnung gezogen. Der Referent hielt es für wichtig, auf die zu Recht bestehenden Arbeiterrechte hinzuweisen, wie sie durch die Kontrollrats auf Außen der Wägenarbeit werden. Zum Schluß wies er auf die kommenden Kämpfe hin, auf die man sich vorbereiten muß.

Stadtberechnungen am 1. und 2. August. Der Gemeindevorstand hat gefordert werden. Es wurde eine Kommission gewählt, die sowohl die Lage wie auch die Zahl der Bauten beraten soll. Eine Kommission wurde eingesetzt, die die Beurlaubten der heimkehrenden Kriegsgenossen prüfen soll. Zum Stadetat wurde der Bürgermeister selbst delegiert.

Volkspark.
Burgstrasse 27.
Heute:
Bunter Abend
Morgen:
Garten-Konzert
und Geldpreiskegeln.
720 Die Geschäftsleitung.

Kammer-Lichtspiele
GROSSE STEINSTR. 24
Der größte Bild-Beit-Film d. Gegenwart.

2728


Der schwarze Jack.
In den Hauptrollen:
Guiffi Fritsch und Texas Fred.
— 5 Akte —
Ein Drama nach wahren Begebenheiten aus dem Wilden Westen, Freppern und Indianerleben. Durch nichts zu überlebende Spannungen. Beginn täglich 3.00, 5.00, 7.00, 9.00 Uhr.
Für Jugendliche täglich nur eine Vorstellung. Einlaß bis 3 Uhr.

Bratwurst glückliche Varieté.
Urkommischer neuer Spielplan.
Anders-Duo, Quanz Duo u. die übrigen Künstler.
Urkommische Barleske: Distellinks Ehescheidung.
Sonntag, Fröhlichoppen. Täglich Anfang 11.45 Uhr. nachmittags 3 Uhr.

Heidepark-Prachtsaal.
Sonntag, den 20. Juli, ab 3 Uhr: 2708
Großer Ravalier-Ball.
Montag, den 21. Juli:
Großer öffentlicher Ball.
Es ladet freundlich ein
Der Vorstand. E. Auerbach.
Alle Parteilchriften empfi. d. Volksbuchhandlung.


Alte Promenade 11a.
Wochentags 5 und 8 Uhr
Sonntags 1/2, 1/7, 1/9 Uhr

Veritas vincit.
Der grosse deutsche Prunkfilm mit
Mia May.
— 3 Teile. — — 8 Akte. —
Alle Vorzüge aufgehoben.


Leipzigerstrasse 88
Februar 1924.
Die Note mit dem Silberkreuz
Sensationelle Schilderungen aus dem Leben eines Erfinders. Drama in 4 Akte.
Vorführung: 5.00 7.10 9.30.
Hilde Wörner 2698
in dem reizenden Lustspiel (4 Akte)
Ein Mädchen aus guter Familie.
Beginn 4 Uhr.

3 Könige Varieté.
Erstklassige Künstler und Kapelle.
Neue Posse: Im weissen Rosel. Köstlicher Humor.
Sonntag mittag: Der beliebte Fröhlichoppen.
Anfang der Sonntagsvorstellung 3 Uhr. 2700
Restaurant und Hofkellerei-Speisekellerei
Feuerfugel, Hämmerhöhe 41.
Täglich: Saucerbrot, Gulasch, Weisfleisch, Bohnenkaffee, aufgewiegte Weine und Biere.
2785
Orchestron-Konzert.
Jeden Samstag: **Blatt-Lieder und -Rudeln**
und Sonntag: **F. Schöner und Frau.**
271. 4048.

Altes Parteilokal: Rottmannsdorf.
Sonntag, den 20. Juli 1919 7185
Tanzkränzchen

Wettelrode!
Sonntag, den 20. Juli: 7184
Sommerfest:
des Radfahrer-Vereins Wanderlust.
Abends wird ein Damenregen von 24 jungen Damen aufgeführt. — Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Greppin. Beim hiesigen Gemeindevorstand ist baldmöglichst die Stelle des **Wassermeisters** zu besetzen. Bevorzugt werden Schlosser, Schmelzer oder Elektromonteur, die mit der Einrichtung eines Wasserwerkes mit elektrischem Antriebe vertraut sind. Geeignete Bewerber wollen Gesuche mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen bis 1. August 1919 an den Gemeindevorstand Greppin einreichen.
Der Gemeindevorstand.
*1838 Sabauer.

Augsdorf.
Zu unserm am Sonntag, den 20. Juli 1919 im **Bäckerhofen Hofal** stattfindenden **Volksfest** verbunden mit allerlei **Belustigungen** laden ergeben ein **Die Festgesellschaft.** Der Wirt. *1819
Stüdenrichtung neu, sol. billig abzugeben
Kölnel, Deysoldgasse 5.
Möbeler weitreichiger **Café-Anzug**, neu, mittl. Figur, 2. sehr. Schillerkr. 44 1 r. 2691
2 Mannhoenställe billig zu verkaufen. 2690
Kölnel, Deysoldgasse 5.
Reinwoll. Mussolin zu verk. 2724
Rad. Saunstr. 20/111.
Zwei schöne neue **Wasserkleider** l. ung. Mädchen, eleg. braun. Seidenkleid u. **Wollhose** wegen Luxus um. Preis zu verkaufen. 2725
Teitstr. 7 11 r.

Mehrere 100 Bergleute
*1890
bei hohen Böhlen nach dem Rheinlande gesucht. Genügend Wohnungen für Verheiratete und Unterkunft für Ledige vorhanden.
Meldungen im Arbeitsamt Giesleben.
Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung**
Für die vielen Beweile herrlicher Seelende beim Hinsehen unserer lieben Leber, Schmelzer, Schmelzerin und Lante, lassen wir allen Verwandten, Freunden und allen denjenigen, die ihren Sorg zu reich mit Blumen schmücken, unsere herzlichsten Dank, insbesondere Herrn Kaiser, für die tollstündigen Worte am Oreste. Dank auch den Jünglingen und Jungfrauen von Schraplau sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen der Schmelzer.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Familie Gattlich Gola.
Schraplau, Klippe 16. *1829

Amfliche Bekanntmachungen.

Merseburg.

Seifenarten.
Ausgabe im alten Rathaus, Burgstraße 1, und am Sonnabend, den 19. Juli 1919, für die Straßen R bis P, Montag, den 21. Juli 1919, für die Straßen R bis Z, von 7 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung des Lebensmittelpasses und Abgabe der Seifenkartons. Die neuen Karten werden nur an erwachsene Personen des Haushaltes abgegeben. Kindern wird die Seifenkarte grundsätzlich nicht erteilt. Kinder im Alter bis zu 18 Monaten erhalten je eine Seifenkarte. Alle anderen Personen, Krankenblätter, Wohlfahrtsvereine und technische Betriebe, haben Seifenablauf beim Landratsamt zu beantragen.
Merseburg, den 17. Juli 1919.
L. A. I. 2068/19. Der Magistrat.

Ausgabe von Winter und Wundmittelkart.
Es werden ausgeteilt: 1. Am Montag, den 21. Juli 1919, auf jede Stadteinheit 50 Gramm Wundmittelkart für die Woche vom 18. bis 19. Juli und 50 Gramm Wintermittelkart für die Woche vom 20. bis 26. Juli 1919, je nach 100 Gramm Wundmittelkart zum Preis von 105 Pfennig. Auf Zuliefermarken wird Wintermittelkart nicht abgegeben. 2. Ferner am Sonnabend, den 26. Juli 1919, auf jede Stadt- und Zulieferkarte 50 Gramm Winter zum Preis von 48 Pfennig.
Merseburg, den 19. Juli 1919.
L. A. I. 2069/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Grümpfversteigerung am 10. Juli 1919.
Verkaufsstelle: Rudolph, Klobigauerstr. 6; 1-700; Schmied, Dammstraße 6; 4001-4500; Schuber, Burgstraße 18; 9201-10200; Stange, Weimarerstr. 12001-12700 auf Nr. 31 und 32 der Grümpfversteigerung. Verkaufspreis: 1/4 Pfund 60 Pf.
Merseburg, den 18. Juli 1919.
L. A. I. 694/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Wohlfahrt- und Fleischwaren-Verkauf
Am 19. Juli 1919 bei Hofmann, Markt 6, nachmittags von 2-3 Uhr auf die Rechnungsnummern 3001-3100 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
Merseburg, den 18. Juli 1919.
L. A. I. 693/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Vorfestung des Kirchengewandels
auf Abschnitt 99 der Lebensmittelpässe Nr. 1 bis 1200 am Sonnabend, den 19. Juli 1919, von vormittags 10 Uhr an.
Merseburg, den 18. Juli 1919.
L. A. I. 2072/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über die Regelung von Milch und deren Erzeugnissen für die Stadt Merseburg vom 21. Oktober 1918 - L. A. II 2892/18 - wird zur Regelung des Verkehrs mit Milch für die Stadt Merseburg folgendes angesetzt: 1. Milch, die dem Verkauf an den Endverbraucher abgefordert und erteilt werden. Die Milchverkauferstellen haben die einzelnen Tagesmarken eigenhändig von der Milchfabrik abzutrennen. 2. Die vom Magistrat ausgehenden Milchmarken tragen den Stempel des Magistrats. Karten, die diesen Stempel nicht haben, sind unzulässig, von den Milchverkaufern sofort einzuliefern und der Name des Verzeigers dem Magistrat sofort schriftlich oder durch Fernsprecher anzuzeigen. Die Milchverkaufer sind für die strenge Durchführung dieser Anordnung verantwortlich. 3. Sonderbedingungen werden auf Grund der § 3 und 14 der Verordnung des Magistrats vom 21. Oktober 1918 - L. A. II 2892/18 - mit Geltung bis zu 1. Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mk., oder mit einer dieser Strafen belegt.
Merseburg, den 10. Mai 1919.
L. A. I. II 2008/19. Der Magistrat.

Frühstücksbrotmörten.
Ausgabe im alten Rathaus in der Burgstraße 1, vormittags von 7 bis nachmittags 2 Uhr, am Sonnabend, den 19. Juli für die Straßen R-Z. Die Brotmörten, die am 19. Juli 1919 abgelaufenen Kartons sind zurückzugeben. Als Ausweis ist das Lebensmittelbuch vorzulegen. Die neuen Karten werden nur an den Haushaltsvorstand oder ein erwachsenes Mitglied des Haushaltes abgegeben. Dritte Personen erhalten die Karte nur gegen schriftlichen Auftrag des Haushaltsvorstandes. Kindern werden die Kartons grundsätzlich nicht erteilt. 2. Der Frühstücksbrotmörtel wird, erhebt für sich und die Mitglieder seines Haushaltes zunächst keine Kartons. 3. Das städt. Lebensmittelamt beauftragt von Fall zu Fall, welche Menge von Frühstücksbrot auf die Wochenkarte erteilt wird. 4. Wegen Abfertigung der Kartons durch die jeweiligen Händler bleibt es bei den bisherigen Anordnungen. 5. Diejenigen Erzeuger, welche Kartons im Kleinverkauf zum Kleinhandelspreis verkaufen, sind verpflichtet, diese Karten gleichfalls zurückzugeben und durch Abfertigung der Karten die verkaufte Menge nachzuweisen. Nur die zu nachgewiesene Menge wird auf die von ihm erhaltene Gesamtmenge angerechnet.
Merseburg, den 17. Juli 1919.
L. A. I. II 2067/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Eilenburg.

Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren.
An Kinder bis zu 2 Jahren, die verfürgebar hereditären Minderern werden künstlich monatlich 2 Pfund Nährmittel (Weich, Ockerflocken oder Ockermehl) ausgegeben. Die Karten zur Entnahme der Nährmittel für den ersten Monat vom 7. Juli bis 3. August 1919 können am Sonnabend, den 19. d. Mts., unter Vorlegung der Lebensmittelkarte im Lebensmittelamt II, Schulstraße, entnommen werden. Die Nährmittel können von Montag nächster Woche abgeholt werden.
Eilenburg, den 17. Juli 1919.
*1887. Der Magistrat.

Städtischer Gesundheitsrat.
Wir erwarten am Sonnabend dieser Woche freilich Gesellsch. Anmeldeungen können inzwischen in den in Frage kommenden Geschäften, sowie bei Schulz, Bergstraße, erfolgen.
Eilenburg, den 18. Juli 1919.
*1887. Der Magistrat.

Merseburg.

Zur Arbeitsruhe am Montag, den 21. Juli 1919

ist vom Gewerkschaftskartell und der U. S. P., Distrikt Merseburg, folgendes festgelegt:

11 Uhr vormittags:
Demonstrations-Versammlung Rulandplatz, auf dem mit anschließendem **Umzug**, unter der **Wirksamkeit des Arbeiter-Sängerchors.** Die Ortsgemeinden der Umgebung schließen sich in Merseburg an.
Das Gewerkschaftskartell: Demia.
Die Sänger treffen sich 10.45 im Thüringer Hof. *1889

Bitterfeld.

Montag, den 21. Juli, abends 6 Uhr,
im Gesellschaftshaus (früher Hofenzollern):
Ör. Demonstrationsversammlung gegen den Gewaltfrieden, gegen die Vergewaltigung der ungarischen u. russischen Räterepubliken durch den Entente-Imperialismus.
Referent: Genosse Vogler.

Arbeiter, Ungeheilte, Beamte!
Schließt euch dem Protest an, gestaltet denselben zu einer wichtigen Massenkundgebung!
*1841 Der Vorstand der U. S. P.

Deutscher Eisenbahner-Verband Ortsgruppe Halle.
Sonntag, den 20. Juli, vormittags 9 Uhr, im „Volkspar“, Burgstraße 27:

Ördentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal. (Vorlegung an den neuen Ortsbeamten).
2. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Hauptvorstandes.
3. Allgemeines.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen!
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung. *1873

Von heute ab

Delikat-umpfen	Kilo 20-30 Pf.	Wollene Strumpfbüchse	Kilo 2 Mt.
Schokolade	20 "	Schokolade	4 "
Knackbonen	18 "	Staubschokolade	1 1/2 "
Papierkaffee	8 "	Waffeln	Kilo 1,50 "
Wäcker, gebacken	14 "	Störchen	1,80 "
Schmeicheln	8 "	Wäcker	2,00 "
Stroganow	8 "	Wies und Gut	6,50 "
Waffeln	14 "		

Händler erhalten Extra-Preise. *1871

Theuring & Aldermann,
Halle a. S. Striftstraße 24, Tel. 4363.
Einfahrt: Große Brunnenstraße 60/61, Merseburg, Rulandstraße 6.
Jeder Befehl, der uns 10 Mk. Bar, außer Papier, Eisen und Knochen, und Infanterie mitbringt, erhält 1/2 Markt extra.

Rucksäcke, groß, aus wasserfestem Stoff, mit einer Haupttasche, für nur 7,50 Mk., gegen Nachnahme *1795. (Berta extra), verlässlich.
Stuckenbrock & Co., Dresden-A. 16.

Mode-Zeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44.

Roßbach h. Wellenteils **prakt. Arzi** Brennholz
vorklassig. - Sprechtis: 8-10 Uhr vorm. vorläufig im Gasthof zu Roßbach. *1895
Dr. med. Karl Müller.

Orpheum

12 Steinweg 12.
Sensation ist das neue **Programm!**
Der Detektiv **Stuart Webbs** in seinem besten Abenteuer **Das Mitternachts-Schiff** 4 spannende Akte 4
Bocksprünge. Lustspiel in 3 Akten. Toller Humor. 2665 **Künstler-Kapelle!**

Thalia-Festsäle.

Monat August 1919.
Gastspiel des gesamten Personals des **Battenger-Theaters, Leipzig,** mit dem Sensations-Schauspiel **„Verlorene Töchter“** - Lebens- und Sittenbild in 4 Akten v. Th. Schmidt u. Heinr. Hillmar. (Ueber 100 aufeinanderfolgende Aufführungen am Battenger-Theater, Leipzig. - Zur Aufklärung u. Bekehrung für alle deutschen Frauen und Mütter.) - Für Jugendl. unter 16 J. kein Zutritt.

Gesellschaftshaus Diemitz.

Grosses Sommerfest, verbunden mit **Presshessen, Kegeln, Blumenverlosung und Gartenkonzert.**
Von 3 Uhr an **Tanz.**
Es ladet freundlichst ein *1828 **I. Kraft-Sport-Klub Diemitz.**

Trothaer Ballsäle.

Sonntag, den 20. Juli, von nachmittags 3 Uhr an **Großer öffentlicher Ball.** Bandentanz-Musik. *1827
Es ladet freundlichst ein **Ww. Emma Germe.**

Kriegsbesehädigte

und **heimgekehrte Krieger,** welche noch keine Möbel haben, erhalten solche in grosser Auswahl bei **bequemem Teilzahlungen** auf Kredit, auch nach auswärt.
N. Fuchs, Möbel-Ausstattungs-geschäft, Halle (S.), Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher werden in Zahlung genommen.

Zoo
Sonntag, d. 20. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr: **Konzert** vom Helfert-Orchester. (1888 Leitung: Musikdirekt. L. Helfert (Bayrischer Militär-Musikmeister a. D.)
Abends 7 1/2 Uhr: **Militär-Konzert** von der Kapelle des Fia.-Regts. Nr. 26.
Leitung: Kapellmeister G. Haupt.
Eintrittspreise: Erwachsene 1.- Mk., Kinder 50 Pf.
Bei engpässigen Wetter ladet die Konzerte im Saale statt.

Bad Wittekind
Sonntag, den 20. Juli, früh 1/2 bis 1/2 Uhr: **Früh-Konzert** und nachm. 5 1/2 Uhr: **Kur-Konzert**
ausgeführt von der Kapelle des Wälders-Regiments Nr. 26.
Leitung: Kapellmeister G. Haupt.
Musikinstrumente:
Zum Frühkonzert für Erwachsene 40 Pf., für Kinder 20 Pf.
Zum Nachmittagskonzert für Erwachsene 60 Pf., für Kinder 30 Pf.
Dauerkarten haben Gültigkeit *1840

Cafe Halloria
Brüderstr. 3
Bohnenkaffee, Pfannkuchen.

1 Hardenbergstr. 1
„Zum Ballhaus“ etc.
Sonntag, den 20. Juli: **Tanzkränzchen.**

Deutsches Haus Beesen.
Sonntag, d. 20. Juli, von nachm. 3 Uhr an **Gr. Ballmusik.** Es ladet freundlichst ein *1824 **Hugo Sellma.**

Beuchlitz.
Sonntag, den 20. Juli, von nachm. 3 Uhr an **Ball-Musik.** *1823

Maudtobal (reinste Quantit.) gibt preiswert ab *224
Burgstr. 7, H. Hülse, Ecke Braunenstr.

Möbel!
Gold bearbeitete und gerben, Speise-, Schlafzimmer, Wohnzimmer u. Küchen sowie auch einzelne Stücke empfiehlt

H. Bergmann, Jnb.: A. Ebeling, Möbel-Fabrik u. Malgast, Halle a. S., Friedländerstr. 10.
Bergpredler 2382, 2383

Ansichts-Karten ernten u. fertigen Städtl. Volksbuchhandlung.

Künstliche Zähne
Behandlung kranker Zähne. Nach Möglichkeit schmerzlos. Zahlreichen Auswässen, erziehen die Behandlung d. Dentisten Hall. Zahn-Heil-Anstalt Gr. Ulrichstr. 11, II. Parterre 2664, 2665

